

Mainz, 30.09.2024

**Antrag 1458/2024 zur Sitzung am
Aufkommensneutralen Umsetzung der Grundsteuerreform (FDP)**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Mainzer Stadtrat spricht sich ausdrücklich für eine aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerreform aus.

Der Mainzer Stadtrat beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag zur Umsetzung einer aufkommensneutralen Grundsteuer und damit verbunden der Neufestsetzung des Hebesatzes dem Stadtrat bis zur nächsten Sitzung vorzuschlagen.

Begründung:

Neben allseitigen politischen Bekundungen von Bundes- und Landespolitik, dem KoA Vertrag von SPD, FDP und Grüne In Rheinland-Pfalz wie auch der KoA Vertrag der vorausgegangenen Mainzer Koalition, soll die Grundsteuerreform aufkommensneutral umgesetzt werden.

Diese Zusicherung gilt es nun noch einmal für die Zukunft seitens aller politischen Akteure zu bekräftigen.

Es ist erkennbar, dass auch eine Beschlussfassung über eine Neufestsetzung des Hebesatzes für das gesamte Stadtgebiet erforderlich ist.

Bislang war es der Verwaltung nicht möglich, die Auswirkungen auf der veränderten Grundsteuer Berechnung zu beziffern, sowie einen Vorschlag zur Aufkommensneutralität zu unterbreiten. Es ist davon auszugehen, dass diese Hindernisse nicht mehr bestehen. Im Hinblick auf die Haushaltsplanung 2025 sowie 2026 die für den 30. Oktober 2024 anvisiert war, muss der Verwaltung zwischenzeitlich ausreichendes Zahlenmaterial für eine Bewertung und Prognose vorliegen.

Seit Monaten liegen bereits viele Grundsteuermessbescheide vor. Bundesweit, in Rheinland-Pfalz und in Mainz ist zu ersehen, dass gerade in den Ballungsgebieten, in den Schwarmstädten, wozu auch Mainz zählt, die Bodenrichtwerte in einzelnen Bereichen überproportional gestiegen sind.

Nun wird öffentlich durch viele Betroffene diskutiert, dass, aufgrund der gestiegener Bodenwerte, es bei gleichbleibendem Hebesatz zu massiven Steuer Mehrbelastungen der Bürger und vieler Mieter kommen würde. Dies trifft gerade Haushalte mit kleinen Einkommen hart.

Parallel ist folglich von erheblichen Mehreinnahmen der Stadt auszugehen. Die Politik steht im Wort der Aufkommensneutralität. Für die Kommunen mit hohen Hebesätzen, wie in Mainz, steht das Instrument der Senkung des Hebesatzes Für eine sozialverträgliche Umsetzung zur Verfügung.

Ein Nicht-Einlösen dieses Versprechens, kommt nicht in Betracht.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende